



BmU-Standpunkt: Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus durch Stadtentwicklungskonzept schützen!

(Sachstand 08.09. 2011) Verschiedene unzutreffende Veröffentlichungen und Spekulationen der Erkrather Grünen u.a. über die *BmU* und die Frage einer Bebauung der Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus veranlassen uns, unseren Standpunkt und den Gang der Meinungsbildung deutlich zu machen.

Vorgeschichte Neanderhöhe

Wir fangen zwar nicht beim Neandertaler mit der Planungsgeschichte dieses Gebietes an, müssen aber kurz nach der Entstehung der Stadt Erkrath nach der kommunalen Neugliederung 1975 beginnen. Sie werden feststellen: Dort liegt die Wurzel des politischen Streits heute.

Zwei entscheidende Vorbemerkungen sind zu machen:

1. Gegen die Ausweisung des Gewerbegebietes Nord-West (heute „Neanderhöhe“) haben die Träger öffentlicher Belange aus Gründen der Immissionsbelastung des Neandertales und des Landschaftsschutzes von Anfang an bei der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes der neugegliederten Stadt Erkrath Bedenken erhoben und das Gebiet war planungsrechtlich als Gewerbegebiet nach der Kommunalen Neugliederung im Flächennutzungsplan nicht zu sichern.

2. Ende der 70er Jahre führten Gründe des Immissionsschutzes dazu, dass eine Genehmigung der Gewerbeaufsicht für die notwendige marktgerechte Modernisierung des Edelstahlbetriebes Pose - Marré in Alt-Erkrath von der Gewerbeaufsicht nur in Aussicht gestellt wurde, wenn mittelfristig eine Verlagerung aus dem Siedlungskörper planungsrechtlich gesichert würde. Das erforderte die Ausweisung eines Industriegebietes (GI) irgendwo in Erkrath. Alternativ drohte die Schließung des Edelstahlbetriebes Pose-Marré (Betriebsaufnahme 1919) mit 400 Arbeitsplätzen.

Es kam 1982 zu einer typisch „rheinischen“ Lösung: Da weder Stadt noch Land sich in der Lage sahen, Beihilfen in ausreichender Höhe zur Betriebsverlagerung zu zahlen, die Stadt sogar erklärte, die Erschließung des Gebietes nicht finanzieren zu können und die Firma selber sich völlig außerstande sah, eine derartige Verlagerung auch nur mit ihrem Pflichtanteil zu finanzieren, wurde „auf dem Papier“ 1982 die Planung eines GI-Gebietes an der Neanderhöhe betrieben.

Ziel war die „Rettung“ der 400 Arbeitsplätze bei Pose durch die theoretische – und damit dem Gesetz genügende – Planung einer mittelfristigen (bis Geld da ist)

Verlagerung in den Außenbereich der Stadt, somit die Modernisierung von Pose am alten Standort auf der Seite der Gewerbeaufsicht zu ermöglichen.

Die Stadt war bereit, genau diese Fläche zu „opfern“, da sie schon wegen der unter Punkt 1 genannten Bedenken der Träger öffentlicher Belange die Fläche noch nicht mal als Gewerbegebiet „durchbekommen“ hätte (damit also sowieso keine Ansiedlung durch diese Maßnahme verhindert wurde) und die Finanzierbarkeit einer tatsächlichen Betriebsverlagerung weder vorlag noch in Aussicht stand.

Die Schutzgemeinschaft der Anwohner „Neanderhöhe“ und nähere Umgebung e.V., engagiert vertreten durch Frank Lemanski, Neanderhöhe 3, war strikt gegen ein Industriegebiet, bewirkte durch zahlreiche Gespräche mit den Parteien und öffentlichen Druck aber wenigstens, dass die GI-Ausweisung nicht durch andere, kapitalkräftigere Firmen ausgenutzt werden konnte, wenn schon die tatsächliche Umsiedlung von Pose angeblich doch nur reine Fiktion war.

Das GI-Gebiet wurde daher im Erläuterungsbericht zum FNP nur unter dem schriftlich dokumentierten Vorbehalt beschlossen, dass es sich ausschließlich um eine Ersatzfläche für Pose handelt.^{1 2}

Die Schriftlichkeit im Erläuterungsbericht des Flächennutzungsplanes sollte auch verhindern, dass sich nachfolgende Politikergenerationen an diesen parteiübergreifenden Konsens später nicht mehr erinnern.

Vergeblich.

Die Edelstahlgießerei schloss ihre Tore im Jahr 2000 und ihr folgte das interessante Projekt „Neue Mitte Erkrath“ mit einer besonders qualifizierten Planungsphase.

Geschichte Neanderhöhe

Statt nun also, nach Aufgabe von Pose, die ihrer ursprünglichen Funktion beraubte GI-Fläche aus dem Flächennutzungsplan herauszunehmen, entschloss sich der mit CDU-Mehrheit geführte CDU/FDP Stadtrat, zunächst mit Unterstützung der SPD³, einen Teil des Gebietes zunächst südlich der sogenannten „Güldenberglinie“, später auch darüber hinausgehend, einer Gewerbenutzung zuführen zu wollen, die ohne die „Vorgeschichte“ der GI-Ausweisung nie gekommen wäre. Planungsbeginn 2007.

Begründung: Wir tun der Natur und den Anwohnern etwas Gutes, da wir statt eines Industriegebietes „nur“ ein Gewerbegebiet planen.

Die *BmU* lehnte dies immer aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Stadtentwicklung ab und brachte diese Meinung immer wieder aktiv ein. Die *BmU* unterstützte die mittlerweile neu gegründete Schutzgemeinschaft <http://www.nsgneandertal.de/> unter anderem durch Unterschriftensammlungen. In ihrem Wahlprogramm schreibt die *BmU* den Schutz der Neanderhöhe und von Kleines Bruchhaus fest. Diese Position war dadurch schon etwas geschwächt, dass auf der stadtabgewandten Seite der Hochdahler Straße das neue Schwimmbad mit

¹ Als Quelle kann man z.B. den Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan 1977 mit Änderungen bis 1993, 4. Ausfertigung, der Stadt Erkrath entnehmen

² Woran im November Bernhard Osterwind deutlich erinnerte. Vgl. NRZ vom 14.11.07 „Gewerbegebiet am Start“.

³ 09.06.2008 WZ Ehlert: „Die Bebauung des Gebietes an der Neanderhöhe ist Absicht der SPD“.

Zustimmung von CDU/FDP/SPD⁴, errichtet wurde und durch diesen „Tabubruch“ auch die Biotopvernetzungsfunktion deutlich erkennbar eingeschränkt wurde. Die *BmU* hatte andere Standorte für das neue Schwimmbad vorgeschlagen. Sie hätte die Hochdahler Straße und die Bahnlinie gerne als wahrnehmbare Grenze des Siedlungskörpers bewahrt.

Zwei weitere Entwicklungen müssen genannt werden:

A) In unmittelbarer Nachbarschaft wird unter intensiver Öffentlichkeitsbeteiligung der **Masterplan Neandertal** entwickelt, der im Ergebnis Teile des Neandertales einer intensiveren touristischen und der Bildung dienenden Nutzung zuführt, andere Teile (der Neanderhöhe direkt benachbarte Gebiete) im Gegenzug zu einer **intensiveren naturnäheren Entwicklung** und damit verstärkten Naturschutzfunktion verhelfen soll. SPD und *BmU* unterstützen diese Pläne, Naturschutzverbände und Grüne lehnen sie insbesondere wegen des im Kern des Tales geplanten „Hochpfades“ ab. Der Grundsatzbeschluss des Stadtrates zum Masterplan Neandertal ergeht im Juni 2010.

B) Nach den Boomjahren der 60er/70er Jahre stellte sich eine Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung nach Quantität und nach der spezifischen Zusammensetzung ein („Demographischer Wandel“). Insbesondere setzte sich als Konsequenz auch eine nachhaltige Flächenpolitik durch „**Fläche schützen statt verbrauchen**“⁵. Die Neanderhöhe weist besonders fruchtbare Ackerböden auf, deren Umwandlung in Siedlungsfläche angesichts dieser Rahmenbedingungen unverantwortlich ist, wenn nicht alle Alternativen sorgfältig geprüft sind.⁶

Geschichte Kleines Bruchhaus

Das „**Erkrather - Flächen - Billard**“ ging aber nach Aufstellung des Flächennutzungsplanes 1977 (Kommunale Neugliederung 1975) weiter: Als Ersatz für das „verloren“ gegangene Gewerbegebiet im Nordwesten (siehe oben, in Wirklichkeit hat es planungsrechtlich abgesichert außer auf EGH-Papier nie existiert) wurde auf den ehemals als Wohnflächen geplanten Bruchhausen Feuchtwiesen nun eine Gewerbeansiedlung geplant. Gegen dieses Gewerbegebiet setzten sich Anwohner, Naturschutzverbände und einige Kommunalpolitiker, u.a. noch heute aktiv in der *BmU*, erfolgreich durch: Statt Gewerbe kam das Naturschutzgebiet, das heute niemand mehr missen möchte und mit dessen politischen Früchten sich vielfach andere Parteien brüsteten.



Was geschah aber mit der dort aufgegebenen ehemals als Wohngebiet projektierten – aber so nie als B-Plan Satzung beschlossenen - Wohnlandnutzung?

Richtig, der Leser ahnt es schon,:

⁴ Die *BmU* bedauert und entschuldigt sich dafür, dass es in einer ersten Version dieses Papiers irrtümlich Grünen und Naturschutzverbänden unterstellt wurde, daran mitgewirkt zu haben

⁵ Ministerium für ,Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft

⁶ www.allianz-fuer-die-flaeche.de

daraus wurde die Planung des Wohngebietes Kleines Bruchhaus.

Im Rahmen des „Ausfinanzierungserlasses“ der EGH, die in der Liquidation ist, ist das Land NW an einem beträchtlichen Teil des denkbaren Planungsgewinnes beteiligt.

Auch im Falle Kleines Bruchhaus hat die *BmU* immer die Bebauung am Rande des Naturschutzgebietes abgelehnt. Es war die *BmU*, die wie bei der Neanderhöhe massiv die IG-Erkrath unterstützt hat, indem sie z.B. Unterschriften gegen die Bebauung sammelte.

Die „heiße“ Phase des Planungsbeginns war 2008 und auch bei dieser Frage sahen CDU und FDP die SPD zunächst an ihrer Seite. Ehlert:“ Der Bebauungsplan entspricht genau dem, was wir wollen“.⁷

Die *BmU* erteilte auch Überlegungen eine Absage, hier als Ersatz für den Sportplatz Kemperdick eine Sportplatzplanung zu prüfen.

Wie im Fall Neanderhöhe ist auch im Fall Bruchhausen festzustellen, dass die Bürgermeinung zwar vielstimmig war, aber ein **sehr deutliches Votum gegen die Bebauung** abgab. Auch der Bürgerverein Hochdahl äußert sich klar gegen die Bebauung von Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus.⁸ Gegen die Ausweisung weiterer Wohngebiete votiert auch ein Sprecher der IHK⁹.

Die *BmU* hält die Lebensqualität durch den Freiraumschutz für den entscheidenden Standortvorteil gegenüber allen Mitkonkurrenten Erkraths und kann keine Argumente erkennen, warum in Zeiten schrumpfender Bevölkerung wesentlich mehr Fläche versiegelt werden muss. Der Freiraumschutz mit Augenmaß (es sind schon viele „Kompromisse“ eingegangen worden) wird letztlich so auch zu einem ökonomischen Argument.

Beide Konflikte stehen typischerweise für einen entscheidenden politischen Standortnachteil Erkraths: Es fehlt im Rathaus zwischen den Parteien und erst Recht im Verhältnis zur Verwaltung und dem Bürgermeister in wichtigen Fragen ein politischer Minimalkonsens, welcher der Parteitaktik übergeordnet ist und eine gewisse Gesprächs- und Diskussionskultur ermöglicht.

Das Stadtentwicklungskonzept

Diese Abwägung und Gesamtbetrachtung hat die *BmU* mit der Durchsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes, welches sich noch bis ca. Mitte 2012 in der Erarbeitungsphase befindet, eingeleitet und sucht den breitestmöglichen Konsens.

Verschärft wird die Notwendigkeit, einen parteiübergreifenden, von der Bürgerschaft getragenen Konsens zu einer Entwicklungsstrategie für die Stadt herbeizuführen durch die bedrohliche Krise der Kommunalfinanzen insgesamt und der Stadt Erkrath im Speziellen¹⁰.

⁷ NRZ vom 14.11.07

⁸ NRZ 13.02.2008 „Jetzt muss Schluss sein...“

⁹ RP 09.05.2009 Mittelstand: Erkrath muss aufholen.

¹⁰ <http://www.erkrath-spart.de/>

Nähere Informationen zum Stadtentwicklungskonzept und dessen Planungsphasen kann sich der geneigte Leser unter

<http://www.zukunft-erkrath.de/>

abrufen und wir rufen herzlich dazu auf, dass sich möglichst viele Bürger daran mit Ideen und Vorschlägen beteiligen.

Die *BmU* selber hat in ihrem Konzept „Erkrath 2020“ in das Stadtentwicklungskonzept viele Argumente eingebracht, die gegen eine Bebauung der Neanderhöhe wie von Kleines Bruchhaus sprechen und alternative Stadtentwicklungsideen wie auch alternative Standorte zur Prüfung eingebracht. Kerngedanke der *BmU* ist die Revitalisierung brachliegender Gewerbeflächen.

Ähnlich durchdachte Beiträge der Parteien vermissen wir noch.

Die Wahl der Bürger

Die letzte Kommunalwahl brachte dann auch die Bürgermeinung klar zum Ausdruck:

Die *BmU* zog mit 9 statt bisher 4 Ratsmitgliedern in den Rat ein, war Gewinner der Wahl und bildete mit SPD¹¹ und Grünen eine **Kooperation** im Rat. Sie lehnte als unabhängige Kraft aus der Bürgerschaft die Bildung einer Koalition, wie sie zwischen Parteien üblich ist (die *BmU* ist keine Partei sondern hat als Gemeinschaft von Wählern die Rechtsform eines Vereins und ist als e.V. auch im Vereinsregister eingetragen) ab.

Sofort wurden auf Betreiben der *BmU* mit der neuen Mehrheit die alten Planverfahren zur Bebauung an der Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus gestoppt. Neue Planverfahren mit dem Ziel der Nichtbebauung eingeleitet (Aufstellungsbeschluss 28.01.2010 – der neue Rat war seit Oktober 2009 im Amt). Die neuen Verfahren wurden auch weiterentwickelt (Bürgeranhörung 16.11.2010, Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Juni/Juli 2011).

Das Stadtentwicklungskonzept startete mit der Auftaktveranstaltung am 02.12.2010 und wird vermutlich am Ende des 2. Quartals 2012 abgeschlossen sein.

Da aber alle Bürgerinnen und Bürger von der Auftaktveranstaltung des Stadtentwicklungskonzeptes bis zum Abschluss der Stadtteilwerkstätten und den Foren aufgerufen sind, ihre Meinung in dieses Stadtentwicklungskonzept einzubringen, liegt auf der Hand, dass **neue Grundsatzbeschlüsse bindender Wirkung nicht ohne sachlich zwingenden Grund innerhalb dieser Zeit getroffen werden.**¹²

¹¹ Die SPD hatte mittlerweile einen Meinungsumschwung zugunsten der Nichtbebauung von Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus vollzogen und dies auch im Wahlprogramm so niedergelegt.

¹² Dieser Standpunkt ist nicht neu: Im Protokoll des ASW vom 18.02.1010 TOP7 findet man diesen Standpunkt der BmU dokumentiert.

Die Kampagne der Grünen! (Teil 1)

Im Juni 2011 überraschen die Grünen mit einem unvermittelt auch als Flugblatt in Briefkästen verteilten „Rundbrief Nr. 4“, der massive Verschwörungsvorwürfe spekulativ in den Raum stellt.

„Erwartungsgemäß zeigen Stadtverwaltung und Bürgermeister Arno Werner wenig Ehrgeiz, die Flächennutzungsplanänderungsverfahren zur Unterschutzstellung der beiden Gebiete voranzutreiben“. „Unsere Befürchtung ist, dass die Verwaltung über das Stadtentwicklungskonzept doch noch eine Bebauung der beiden Flächen erreichen bzw. die Entscheidungen zumindest bis zur nächsten Kommunalwahl 2014 offen halten möchte!“ „Zusammen mit CDU und FDP ist die *BmU* bislang bereit, dem Verzögerungskonzept des Bürgermeisters und der Verwaltung zu folgen und unseren Antrag zur Beschleunigung des Verfahrens abzulehnen.“

Dieser Rundbrief/dieses Flugblatt überrascht zu einem Zeitpunkt, als weitere Gespräche der *BmU* mit den Kooperationspartnern Grüne und SPD zu diesem Thema vereinbart waren¹³. und aus Sicht der *BmU* die Frage schon beantwortet schien.¹⁴ Die Behauptung, die *BmU* würde einem „Verzögerungskonzept“ des Bürgermeisters folgen, wird auch an keiner Stelle bisher belegt. Ein solcher Beleg kann auch in Zukunft nicht erbracht werden, weil es eine solche „Taktik“ der *BmU* gar nicht gibt.

Der Grundkonflikt besteht darin, dass die Grünen ungeachtet des laufenden Stadtentwicklungsprozesses¹⁵, der natürlich immer die gesamte Stadt in den Blick nimmt und in dessen Prozess es keine Denkverbote geben darf, bindende Entscheidungen zur Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus während des noch nicht abgeschlossenen Verfahrens zum Stadtentwicklungskonzept erzwingen wollen.

Wenn die Grünen in ihrem Rundbrief schreiben:

„Mit dem Stadtentwicklungskonzept haben beide Flächen nach unserer Auffassung nichts zu tun, denn die Mehrheit im Rat hat unabhängig davon den Schutz von Neanderhöhe und Kleinem Bruchhaus versprochen.“

dann ist das die altbekannte Arroganz der Machtpolitik - egal welcher Partei.

Bürgerbeteiligung nur, wenn sie uns nicht in die Quere kommt.

Parteiprogramm vor Bürgerbeteiligung.

Dagegen steht das Qualitätskonzept der *BmU*: Die besseren Argumente müssen jederzeit überzeugen, wenn sie es nicht mehr tun, haben sie sich überholt.

Der *BmU* - Weg ist nachhaltiger. Gerade um das Schicksal der Neanderhöhe und von Kleines Bruchhaus nicht den wechselnden Stimmungsschwankungen und wechselnden Mehrheiten im Rathaus auszusetzen, sucht sie den dauerhaften Schutz der Neanderhöhe und von Kleines Bruchhaus durch einen Konsens im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes zu erreichen. Eine dauerhafte Lösung muss Kompromissbereitschaft nicht nur „pro-forma“ zeigen.

Deswegen hat die *BmU* ihr Papier Erkrath 2020 (im Internet unter www.bmu-erkrath.de erreichbar), in diesen Stadtentwicklungsprozess transparent schon seit

¹³ Und die Standpunkte schon längst geklärt waren (ASW vom 18.02.1010 TOP7 nachzulesen im Ratsinformationssystem)

¹⁴ Vgl. Protokoll Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung Februar 2010.

¹⁵ Das die Grünen entgegen ihrem Wahlprogramm und entgegen der Kooperationsvereinbarung nicht mehr unter der Rubrik: Wesentliches Thema bei der Kommunalwahl aufführen. Siehe Pressemitteilung der Grünen vom 22.06.2011.

2010 eingebracht, setzt sich dort für die Nichtbebauung der Neanderhöhe und von Kleines Bruchhaus ein und hofft, dass auch die anderen Parteien ähnlich fundierte Überlegungen einbringen.

Die *BmU* sucht den Dialog mit allen Seiten und beruft sich dabei ausdrücklich auch auf die Kooperationsvereinbarung mit Grünen und SPD. Titel: Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Politik in Erkrath gestalten.

„Unsere Politik ist geprägt vom Prinzip der Nachhaltigkeit, vom Prinzip der sozialen Ausgewogenheit und von finanzieller Solidarität von Transparenz in den Entscheidungen und der Bereitschaft zu intensivem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft, den Vereinen und Organisationen und der Stadtverwaltung. Unsere Politik lädt alle gesellschaftlichen Gruppen zum Zusammenwirken im Interesse Erkraths ein. Und sie ist auch ein Angebot an alle Fraktionen im Stadtrat wie an die Verwaltung zur Mitarbeit.“

„Zentrale Grundlage der in der Präambel genannten neuen Qualität von Politik wird ein Stadtentwicklungskonzept sein, dessen Zielrichtung und Praktikabilität unter Beteiligung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen etc. in einem ergebnisoffenen, von einem unabhängigen Büro moderierten Verfahren erarbeitet wird.“

Die *BmU* hält sich konsequent an diese Vereinbarung. Der Aufruf der Grünen im Rundbrief „Bitte kommen Sie/kommt Ihr zahlreich zur nächsten Sitzung des PIUV (am 5.07.) und unterstützt damit den Erhalt von Neanderhöhe und Kleinem Bruchhaus und der angrenzenden Naturschutzgebiete“¹⁶ ist auch völlig wirkungslos geblieben. Trotz der Briefkastenverteilung dieses Flugblattes und trotz mehrfachem Aufruf der Grünen in Radio Neandertal am gleichen Tag ist **niemand** der Aufforderung der Grünen gefolgt: „Wir appellieren deshalb an alle, die wie wir an einem zügigen Schutz der Flächen festhalten möchten, die *BmU* an Ihr Wahlversprechen zu erinnern“.

Die *BmU* wollte es genau wissen und hat im Internet die Öffentlichkeit sowie durch direkte Einladung an jedes Mitglied der Schutzgemeinschaft Neanderhöhe persönlich zur Kritik an der *BmU* am 07.07.11 in die Hauptschule Hochdahl eingeladen. Ergebnis: Wieder kam niemand, der der Grünen-Aufforderung zur Kritik an der *BmU* Folge leisten wollte. Lediglich ein angeschriebener Teilnehmer kündigte an, am Ende der Ferien noch mal das Gespräch suchen zu wollen.

Die Grünen werfen trotz aller Gespräche obstinat der *BmU* „Wahlertäuschung“¹⁷ vor. Ein Vorwurf, dem die *BmU* mit aller Konsequenz widerspricht.

Die Kampagne der Grünen! Teil 2

Im gleichen Grünen Rundbrief übertreffen die Grünen noch die Verschwörungstheorien zur *BmU* und befürchten unangemessene Planungen der Agentur planokal, welche die Moderation des Verfahrens hat. Es handelt sich um eine Agentur, die mehrfach derartige und ähnliche Verfahren moderiert und zum Erfolg geführt hat und dabei sich natürlich an die Spielregel hält.

¹⁶ Presseerklärung der Grünen vom 22.06.11

¹⁷ Diese Verschärfung der Auseinandersetzung bringen die Grünen am 19.07.2011 in einem RP-Interview zum Ausdruck: „BmU und Grüne vor dem Aus“

Originalton Grüne:

„Leider deutet einiges darauf hin, dass die Agentur Szenarien aufgreifen wird, die erhebliche zusätzliche Ausweisungen von Bauflächen bedingen würden. Umso wichtiger ist aus unserer Sicht, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger, denen neben der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt auch an einer Erhaltung der Landschaft und der Ökologie gelegen ist, stärker in den Prozess einbringen.“

Die Grünen nutzen aus, dass in der Tat derartige „Szenarien“ umrissen wurden, nicht aber als Szenarium der Agentur sondern als Ergebnis anderer, fremder Bevölkerungsprognosen (LIS). Das war den Grünen vor Veröffentlichung des Flugblattes im Lenkungskreis erklärt worden.

Die Agentur „planlokal“ ist kein „Planer“ oder „Gutachter“ sondern ein neutraler Moderator. Bei der Zwischenpräsentation zum Stadtentwicklungsprozess wiederholen Vertreter der Grünen-Fraktion und ein Vertreter der Naturschutzverbände diesen unerhörten Vorwurf.

So auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung am 14.07., wo die Grünen als Quelle „verunsicherte Bürger“ nennen.

Der Versuch von Bernhard Osterwind (*BmU*) in der Ausschusssitzung dem Vorwurf der Grünen entgegenzutreten, wurde von dem Fraktionssprecher der Grünen Peter Knitsch lautstark und mehrfach unterbrochen, sodass Bernhard Osterwind seinen Beitrag nicht artikulieren konnte und unter Protest die Sitzung verließ.

Auch die Bitte des Moderators von planlokal, Thomas Scholle, wurde im Ausschuss am 14.07. noch mal deutlich: „Wir müssen die Zielkonflikte aufdecken, Rückschlüsse ziehen, ausloten und abwägen. Bis dahin solle von der Politik nicht der Eindruck erweckt werden, dass schon feststehe, in welche Richtung es geht“.¹⁸

Dieser Bitte wollen die Grünen nicht folgen.¹⁹

Die Kampagne der Grünen! Teil 3

Natürlich nehmen die Grünen neben dem Bürgermeister auch die Verwaltung²⁰ nicht von dem Vorwurf aus, die Mehrheitsbeschlüsse des Rates „bewusst“ zu verzögern.²¹
Beleg: keinen.

¹⁸ WZ, 16.07.2011 „Zwischen Grünen und BmU knirscht es“ Peter Knitsch wörtlich: „Knitsch sieht darüber hinaus nicht ein, warum die Verwaltung die Frage der endgültigen Umwidmung von Flächen mit dem Stadtentwicklungskonzept verknüpfen möchte.“

¹⁹ RP vom 19.07.2011 „BmU und Grüne vor dem Aus“. Auch Grüner Rundbrief 6 vom 23.07.: Wir bleiben dabei...

²⁰ Vgl so auch die Pressemitteilung der Grünen vom 22.06.11

²¹ An gleicher Stelle, RP vom 19.07.

Grüne kündigen Kooperationskonsens

Mit ihrem Vorgehen haben die Grünen in Stil und Inhalt den Konsens der Kooperation zwischen SPD, *BmU* und Grünen aufgegeben, ein Stadtentwicklungskonzept ohne Denkverbote zu erstellen.

Im Hinblick auf den umstrittenen Zeitplan folgt ihnen dabei leider die SPD-Fraktion Erkrath.

Die *BmU* wirbt dafür,

- ein Stadtentwicklungskonzept auf der Basis der üblichen Spielregeln ergebnisoffen zu erstellen

- statt schwerpunktmäßig nur Bebauung auf der Grünen Wiese zu thematisieren, den Fokus auch auf Bildung, Innenstadtentwicklung, Kultur, Soziales, Ehrenamt, Wirtschaft und Verkehr zu legen!